



ADRIÁN ASTORGANO FÜR BERLINER ZEITUNG

Das Prinzip Verantwortung

Solidargemeinschaften im Gesundheitswesen sind der dritte Weg neben gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Wie sie funktionieren und zu wem sie passen

CHRISTIAN SCHWAGER

„Wir verbinden wirtschaftlich Stärkere und Schwächere sowie Gesunde und nicht ganz so Gesunde.“

Urban Vogel,
Vorstand der Solidargemeinschaft Samarita

„Unsere Regeln beschließen wir gemeinsam“, sagt Simone Neddermann. „Und wir überprüfen regelmäßig, ob sie für uns gut sind und für diejenigen, die uns behandeln.“ Ärzten zum Beispiel zahlen Mitglieder der Samarita in der Regel den 2,3-fachen Satz des üblichen Honorars. „Damit sie gut arbeiten können.“ Ein sogenannter Zuwendungsrahmen legt fest, welche Leistungen die Gemeinschaft übernimmt und welche die Mitglieder selbst zu tragen haben. Die gehen finanziell in Vorleistung.

Es gibt Spielräume, zum Beispiel bei Therapien: Jeder hat zehn pro Jahr frei, sei es beim Physiotherapeuten, beim Chiropraktiker oder Osteopathen. „Ich reiche die Rechnung in der Geschäftsstelle ein, und die übernimmt die Kosten“, sagt Neddermann. „Sollte ich das Gefühl haben, mehr als zehn Sitzungen zu benötigen, ist es zunächst meine Aufgabe, zu prüfen, ob es wirklich wichtig für mich und meine Gesundheit ist.“ Ist das der Fall, schreibt sie an

Die Idee kam Simone Neddermann in einem Wartezimmer, bei der Kinderärztin ihres Sohnes. Ein Flyer lag dort aus. Sie griff danach, las darin. Der Flyer handelte von einem Verein namens Samarita, und da sie sich gerade die Frage stellte, ob sie und die Familie in ihrer Krankenkasse auch weiterhin noch gut aufgehoben sein würden, war ihr Interesse geweckt: Samarita ist eine Solidargemeinschaft im Gesundheitswesen – ein dritter Weg neben gesetzlicher und privater Krankenversicherung, eine Alternative zu GKV und PKV, die hierzulande kaum jemand kennt.

Vor etwa 20 Jahren war das, in der Nähe von Cuxhaven. Die junge Mutter nahm Kontakt zur Geschäftsstelle von Samarita in Bremen auf. Es folgten ein Vorgespräch und schließlich die Mitgliedschaft. „Der Grundgedanke passte sehr gut zu uns“, sagt Simone Neddermann, 53. „Es bestand der Wunsch, stärker eigenverantwortlich handeln zu können und gleichzeitig weiterhin Solidarität zu leben.“

Samarita ist nicht die einzige Gemeinschaft dieser Art in Deutschland. Auch für Beschäftigte bei der Polizei existiert zum Beispiel ein solcher Zusammenschluss, für Bedienstete der Justiz, für evangelische Pfarrer. Sie sind in regionalen Gruppen organisiert. Wie viele Menschen diesen dritten Weg für sich gewählt haben, ist statistisch nicht genau erfasst. Schätzungen gehen von etwa 20.000 Mitgliedern aus.

Deutschland diskutiert über die Zukunft seines Gesundheitswesens. Darüber, dass es sich in Schieflage befindet. Die mehr als 74 Millionen gesetzlich Versicherten merken das an ihrem Kontostand. Die Beiträge der Krankenkassen steigen in immer kürzeren Abständen, sie entwickeln sich scheinbar ins Uferlose. Trotzdem baut das System ein gewaltiges Defizit auf. Ohne eine grundlegende Reform wird es kollabieren, da sind sich alle Experten einig.

Schon jetzt verabschiedet sich die GKV schleichend vom Solidarprinzip. Die PKV erfreut sich dagegen eines regen Zulaufs. Zwar bleibt die Zahl der Vollversicherten dort weitgehend stabil bei knapp zehn Prozent, dafür geht jedoch die Tendenz bei den Zusatzversicherungen nach oben. Sie nahmen zuletzt um 1,3 Millionen oder umgerechnet 4,5 Prozent zu; mehr als 31 Millionen Policen verzeichnen die Versicherungskonzerne. Beistand erhalten sie von Politikern, die einen schlanken Basistarif fordern und alles darüber Hinausgehende zur Privatsache erklären möchten.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Als Simone Neddermann von ihrer gesetzlichen Kasse in die Samarita wechselte, war die finanzielle Lage des sozialen Sicherungssystems noch nicht so dramatisch wie heute. Was sie und ihren Mann am Ende überzeugte, waren vor allem die Überschaubarkeit und die persönliche Verantwortung für die Gruppe der Mitglieder. „Wir sind eine kleine Gemeinschaft“, sagt die 53-Jährige. „Jedes Mitglied versucht, möglichst wenig Geld auszugeben und trotzdem gesund zu bleiben.“ Wer herausholen möchte, was eben geht, ist in einem solchen Zusammenschluss verkehrt.

„Wir geben uns das medizinisch Sinnvolle, statt Anspruchskataloge abzuarbeiten.“ So lautet dann auch eines der Prinzipien von Samarita. Ein anderes Leitmotiv heißt: „Wir arbeiten wirtschaftlich. Entstehende Gewinne verbleiben in der Gemeinschaft.“ Versicherungsfremde Leistungen, wie sie gesetzlich Versicherte übernehmen müssen, fallen nicht an – etwa den finanziellen Ausgleich für Bürgergeldempfänger, eigentlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Einnahmen speisen sich derweil aus Beiträgen, ähnlich wie in der GKV. Auch in einer Solidargemeinschaft wie der Samarita sind sie nach dem jeweiligen Einkommen gestaffelt. Es gibt einen Familientarif. Das Alter hat keinen Einfluss darauf, wie viel eingezahlt werden muss.

und Oldenburg. An die 15 Personen treffen sich dann, die Teilnahme ist keine Pflicht. Sie sprechen über Grundsätzliches, über Solidarität, Eigenverantwortung, aber auch über praktische Fragen wie Abrechnungen beim Arzt. „Manchmal laden wir jemanden für einen Vortrag ein“, sagt Neddermann, die selbst beruflich als Moderatorin tätig ist.

Im Moment kommt immer wieder ein wichtiges Thema auf die Agenda: Wachstum. Die Samarita erhält Zulauf, und die Mitglieder überlegen, wie sie ihre regionalen Strukturen an die sich ändernden Gegebenheiten anpassen. „Wir wollen organisch, gesund wachsen“, sagt Urban Vogel. Er ist Vorstand bei Samarita und im Dachverband von Solidargemeinschaften im Gesundheitswesen (BASSG), zu denen neben jenen für Polizisten und Justizmitarbeiter auch Zusammenschlüsse in Münster und Vechta und Bielefeld gehören.

Die BASSG vertritt die politischen Interessen ihrer Mitgliedsvereine, tat dies bereits, als es darum ging, die Solidargemeinschaften als Absicherung im Krankheitsfall gesetzlich anzuerkennen. „Inzwischen sind wir gesetzlich anerkannt, funktionieren aber in einer anderen Weise als eine Versicherung“, sagt Urban Vogel.

Beiträge individuell verschieden

Sie sind wie eine Genossenschaft aufgestellt. Die in Deutschland geltende Versicherungspflicht lösen sie ab. Seit 2021 ist das nun auch gesetzlich so geregelt. „2022 erkannte das Bundesgesundheitsministerium die Voraussetzungen als gegeben an“, sagt Vogel. Bestandschutz ist das Ziel, bestehende Gemeinschaften werden akzeptiert. Neugründungen von Solidargemeinschaften schließt das Gesetz nicht ein. Was nicht heißt, dass der Zugang dazu versperrt ist.

Insgesamt etwa 8000 Mitglieder sind in der BASSG zusammengefasst. Ihnen wird die Absicherung im Krankheitsfall garantiert. „Die Beiträge und das Risiko werden regelmäßig von einem Versicherungsmathematiker begutachtet“, erläutert Vogel. Eine Rückabsicherung kann bei Bedarf außergewöhnlich hohe finanzielle Belastungen abfangen. „Also auch bei einer Häufung schwerer Krankheitsfälle ist die Leistungsfähigkeit gewährleistet“, sagt der BASSG-Vorstand. „Wir haben in den vergangenen Jahren oft sehr schwere Erkrankungen erleben müssen, wir haben das als Solidargemeinschaften getragen.“

Sie nehmen auch Mitglieder auf, die nicht hundertprozentig gesund oder keine hohen Beiträge zu zahlen imstande sind. „Wir verbinden wirtschaftlich Stärkere und Schwächere sowie Gesunde und nicht ganz so Gesunde“, sagt Vogel.

Ausschließlich mit älteren und schwächeren Mitgliedern könnte eine Solidargemeinschaft wirtschaftlich nicht bestehen. Deshalb eignet sie sich nicht als Vorbild für eine grundlegende Reform der Krankenversicherung in Deutschland. Zumal der überschaubare Rahmen, das direkte Miteinander, ein wesentlicher Faktor für den Erfolg dieser Organisationsform sind. „Das verantwortliche Handeln unserer Mitglieder zeigt sich daran“, sagt Vogel, „dass unsere Beiträge stabil sind.“ Diese sind individuell verschieden, liegen in vielen Fällen jedoch unter denen der Privaten.

In der Solidargemeinschaft beanspruchen die Versicherten nur das, was sie wirklich benötigen. „Wir sind auch mal bereit, selbst bestimmte Kosten zu übernehmen, um die anderen finanziell nicht zu belasten.“ So hat es Simone Neddermann formuliert und erklärt, dass es in einer Solidargemeinschaft wie in einer Familie zugehe. „Wenn jemand mehr Geld braucht, wenn zum Beispiel die Kinder studieren, nehmen sich ja auch die anderen, nehmen sich die Eltern eine Zeit lang zurück.“

Für Simone Neddermann hat sich das Prinzip bewährt, auf das sie vor zwei Jahrzehnten stieß, im Wartezimmer einer Kinderärztin durch einen Flyer. Ein glücklicher Zufall war das. Und der erste Schritt auf einem noch unbekanntem Weg.

die Geschäftsstelle, schickt einen Kostenplan mit, erklärt, warum sie selbst, ihr Mann oder eines der Kinder diese oder jene Anwendung benötigt.

Bei einem Aufenthalt im Krankenhaus sagt die Solidargemeinschaft verbindlich zu, die Kosten zu übernehmen und begleicht die anfallenden Rechnungen direkt. „Beim Zahnarzt haben wir einige Prozent Zuzahlung zu leisten“, sagt Neddermann. „Bei bestimmten medizinischen Leistungen haben wir außerdem einen Eigenanteil.“ Welche das sind, regelt die Zuwendungsordnung.

Ein Prinzip dabei: „Jeder, der eine Entscheidung fällt, muss auch davon betroffen sein. Jeder Entscheidungsträger, inklusive der Geschäftsführung, ist selbst Mitglied und somit auch selbst betroffen.“

Im Abstand von einigen Monaten kommen auch die Regionalgruppen zusammen. Bei Simone Neddermann sind das neben ihr als Cuxhavenerin Mitglieder aus Bremen